Als Queer Pride Würzburg begrüßen wir den im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgeschriebenen queerpolitischen Aufbruch. Nach Jahren der Stagnation wurden endlich die berechtigten Forderungen der LSBTIQ\* Community als Ziele des Handelns der Regierung aufgenommen. Indem die Bundesregierung erstmals einen Beauftragten der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt benennt, hat sie ein Zeichen der Entschlossenheit gesetzt, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Trotzdem werden wir als Community diese Arbeit aufmerksam und kritisch begleiten. Ein weiteres „auf die lange Bank schieben“ darf es nicht geben.

Queer Pride Würzburg setzt sich für ein vielfältiges und friedliches Miteinander der Menschen ein. Dies gilt natürlich auch für ein friedliches Miteinander der Staaten. Entsetzt und besorgt schauen wir nach Osteuropa, wo vor unserer Haustür ein blutiger Krieg tobt und sich das homophobe und transfeindliche russische Regime über die ukrainische Selbstbestimmung und Demokratie erheben will. Queer Pride Würzburg steht solidarisch an der Seite der Ukraine und der ukrainischen LSBTIQ\*-Community.

**Unsere Forderungen:**

Die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen in ihren Hilfspaketen die besondere Situation von LSBTIQ+ Menschen, die vor dem Krieg in Europa fliehen müssen, berücksichtigen. Insgesamt muss deutsche Außen- und Entwicklungshilfepolitik den globalen Schutz der **LSBTIQ+ Menschenrechte** befördern und durchsetzen. Das verabschiedete **Inklusionskonzept** muss mit Leben gefüllt werden.

Das **deutsche Asylrecht** muss geändert werden: es dürfen keine LSBTIQ-Geflüchteten in LSBTIQ+-Verfolgerstaaten abgeschoben werden.

Die **rechtliche Gleichstellung** von LGBTIQ+ Menschen muss zum umfassenden Schutz vor Diskriminierung vollendet werden. Dazu gehören: die Ergänzung des Grundgesetzes Art.3.(3) um die sexuelle Identität, die Verbesserung des Allg. Gleichstellungsgesetzes und der Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts. Längst überfällig ist die Reform des Transsexuellen-Gesetzes und gesetzliche Schutzregelungen für Inter\* Menschen.

Für einen sinnvollen **bundesweiten Aktionsplan gegen Hasskriminalität** bedarf es die Erforschung von LSBTIQ-Feindlichkeit, Anhörung der Expert\*innenkommission und ein alle Politikfelder inkludierendes Problembewusstsein.

Bei der **Betreuung und Pflege** von behinderten und alten Menschen müssen auch die Bedürfnisse von **LGBTIQ+ Menschen** mit einbezogen werden.

Wir brauchen einen **LSBTI-Gesundheitsbericht** vom Gesundheitsministerium für einen diversitätsorientierte und LGBTIQ-spezifische Gesundheitsversorgung

Spezielle **LSBTI-Projekte** im Bereich der **Bildung und Demokratieförderung** auf Bundesebene müssen abgesichert und ausgebaut werden.

Viele CSD-Vereine und LGBTIQ+-Institutionen haben finanziell unter den Corona bedingten Einschränkungen gelitten. Hier bedarf es einem **queeren Rettungsschirm** durch den Bund für Kommunen und Länder.